

Wenn Scham stärker ist als Armut

Eine neue Studie zeigt: Über 25 Prozent aller Armutsbetroffenen nehmen keine Sozialhilfe in Anspruch. In ländlichen und rechtsbürgerlich dominierten Gemeinden verzichtet gar die Hälfte auf die Fürsorgegelder.

Anja Burri

Bern

Die Sozialhilfe steht unter grossem Druck. Seit einigen Jahren häufen sich die Meldungen von Gemeinden, die aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) austreten. Sie protestieren damit gegen die hohe finanzielle Last, die sie zu tragen haben. Die Skos hat reagiert und die Kriterien, die zum Bezug für Sozialhilfe berechtigen, verschärft.

Nun zeigt sich: Längst nicht alle Menschen, die Anspruch auf staatliche Unterstützung haben, machen davon Ge-

brauch. Eine neue Studie der Berner Fachhochschule (BFH) schätzt, dass jede vierte Person (26,3 Prozent) auf den Bezug der Sozialhilfe verzichtet. Für die Studie wurden die Steuerdaten des Kantons Bern ausgewertet und mit der Sozialhilfestatistik verglichen. Dadurch sind viel genauere Resultate möglich als bei bisherigen Untersuchungen. «Es darf vermutet werden, dass diese Resultate für die ganze Schweiz gültig sind», sagt Oliver Hümbelin, der die Studie im Rahmen seiner Dissertation verfasst hat. Bern sei mit fast einer Million Einwohnern einer der bevölkerungsreichsten Kantone. Zudem

umfasse er städtische und sehr ländliche Gebiete sowie einen deutsch- und einen französischsprachigen Teil.

Diese Vielfalt zeigt sich auch in den Studienergebnissen. Ob jemand Sozialhilfe bezieht, hängt nämlich stark mit dem Wohnort zusammen. In Städten verzichten nur 12 Prozent der Anspruchsberechtigten auf Sozialhilfe. In Agglomerationen steigt die Nichtbezügerquote auf 28 Prozent. In ländlichen Gemeinden verzichtet jede zweite Person (50 Prozent) auf Sozialhilfe. «Dieser Unterschied kann teilweise damit erklärt werden, dass Haushalte in land-

wirtschaftlichen Gebieten bessere Möglichkeiten haben, eine Notlage durch Selbstversorgung zu überbrücken», sagt Sozialwissenschaftler Hümbelin.

Der Einfluss der Parteien

Allerdings fand er einen noch gewichtigeren Einfluss, der weder mit der wirtschaftlichen Struktur einer Gemeinde noch mit der Bevölkerungsdichte zusammenhängt: Menschen auf dem Land nehmen einen deutlich stärkeren sozialen Druck wahr. «Wer befürchtet, sozial geächtet und isoliert zu werden, verzichtet eher auf Sozialhilfe», sagt Hümbelin. Er hat dazu weitere Daten analysiert: die politische Situation der Gemeinden. In Gemeinden, in denen

rechtskonservative Parteien stark sind, so das Resultat, beziehen die Menschen weniger Sozialhilfe als in Gemeinden, in denen eher linke Parteien tonangebend sind, die sich für eine starke Sozialhilfe aussprechen. «Die Parteienstärke ist ein Gradmesser für das vorherrschende politische Klima», sagt Hümbelin. Entsprechend verzichteten die Bewohner von konservativen ländlichen Gemeinden eher auf Sozialhilfe - entweder aus Furcht vor den Reaktionen oder aus eigener Überzeugung. Als weitere Ursachen für den Sozialhilfeverzicht nennt die Studie mangelnde Information, komplexe Verfahren oder Fälle, in denen nur kleine Beträge benötigt würden.

Darüber, ob auch das Alter von Armutsbetroffenen eine Rolle spielt, macht die Studie keine Angaben. In Basel-Stadt befragten die Behörden vor einem Jahr Betroffene. Vor allem ältere Menschen hätten Hemmungen, Sozialhilfe zu beantragen, sagt Nicole Wagner, Leiterin des kantonalen Sozialamts. Allerdings nehme diese Zurück-

haltung, die man bei Jüngeren weniger festgestellt habe, tendenziell ab.

Verzicht kostet mehr

Forscher Hümbelin ortet unabhängig von solchen Entwicklungen Handlungsbedarf: «Armutsbetroffene, die auf Sozialhilfe verzichten, erhalten auch keine professionelle Beratung, wie sie ihre Lage verbessern könnten», sagt Hümbelin. Das könne zu weiteren Problemen

führen - etwa stressbedingten Gesundheitsproblemen oder aufwendigen Schuldensanierungen. Auch werde Armut auf diese Weise «vererbt»: Wer sich in prekärer finanzieller Lage befinde, investiere nicht als erste Priorität in die Ausbildung seiner Kinder. Am Ende komme dies alles auch die Gesellschaft teurer zu stehen.

«Grundsätzlich ist es gut, wenn die Leute versuchen, eigene Lösungen für eine Notlage zu suchen», sagt Skos-Geschäftsführerin Dorothee Guggisberg. Verpassten die Betroffenen aber den richtigen Zeitpunkt, sei dies fatal.

«Im Durchschnitt warten Betroffene rund drei Monate, bis sie sich an die Sozialhilfe wenden», sagt sie. In dieser Zeit suchten die Leute Unterstützung bei Freunden und Verwandten oder verzichteten auf Ausgaben, die nicht lebensnotwendig seien. «Oft verzichtet man dann auf Arztbesuche oder bezahlt die Steuerrechnung nicht», sagt sie. Dadurch verschlimmere sich die Situation auf längere Sicht. Gut 30 Prozent der Sozialhilfebezüger seien überdies Kinder und Jugendliche und somit vom Entscheid ihrer Erziehungsberechtigten abhängig. Die Behörden hätten aus all diesen Gründen oft kein Interesse, dass Armutsbetroffene den Gang zum Staat zu lange hinauszögerten.

«Die Beratung ist wichtig», sagt auch Regula Unteregger, die Vorsteherin des kantonalen Sozialamts Bern. Die Fälle würden immer komplexer, häufig führten viele verschiedene Probleme zu Armut. «Je länger die Betroffenen mit dieser Überforderung alleine sind, desto schwieriger wird es zu helfen.»